

**Rede von Antonios Antoniadis, Minister für Familie, Gesundheit und
Soziales, anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsführungsvertrages
der Dienststelle für Personen mit Behinderung**

Es gilt das gesprochene Wort!

22.02.2016

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen,

kommen wir nun zur Verabschiedung des Geschäftsführungsvertrages zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle für Personen mit Behinderung, allgemein bekannt unter dem Kürzel DPB. Die DPB setzt sich als sogenannte paragemeinschaftliche Einrichtung seit nunmehr 25 Jahren für die Belange und Interessen von Menschen mit Beeinträchtigung ein.

Zunächst einmal möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der vorliegende Geschäftsführungsvertrag rückwirkend zum 1. Januar 2015 in Kraft tritt und vorerst bis zum 31. Dezember 2019 laufen wird. Dies ist erfolgt, um eine Kontinuität der Verträge zu sichern. Die Regierung hat die Gründung einer neuen Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) angekündigt. Der vorliegende Geschäftsführungsvertrag betrifft jedoch ausschließlich die DPB. Die DSL wird Rechtsnachfolger der DPB. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt einen eigenen Geschäftsführungsvertrag mit der neuen Einrichtung abschließen. Die vorliegenden Inhalte werden für den entsprechenden Geschäftsbereich übernommen.

Zurück zum vorliegenden GFV:

Zur Ausführung ihrer Tätigkeiten erhält die DPB eine Basisdotation, die jährlich um 1,25 % erhöht wird. Für das Jahr 2016 ergibt sich daraus ein Betrag von 10.135.000 €. Darüber hinaus enthält die DPB finanzielle Mittel zur Durchführung bestimmter Projekte und Vorhaben.

Ich denke hier beispielsweise an

- die Einführung einer „EU-Disability Card“, sozusagen ein europaweiter Behindertenausweis,
- die Erneuerung und zugängliche Gestaltung der Webseite,
- die Weiterführung des Erfolgsprojekts zur Sensibilisierung DG Inklusiv,
- sowie die Eruierung und Förderung neuer Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Seit Mitte 2015 führt die Tagesstätte Meyerode unter dem Namen „Vita“ ein Pilotprojekt durch, das wichtige Erfahrungswerte für die künftige Ausgestaltung der spezifischen Dienstleistungen zugunsten von Menschen mit einer schweren neurologischen Schädigung liefert. Die Regierung hat die Dienststelle mit der strukturellen Förderung der Tagesbegleitung für Personen mit einer neurologischen Schädigung beauftragt.

In der Dotation nicht enthalten sind jedoch zum Beispiel:

- BVA- und ESF-Zuschüsse
- sowie künftige Unterbringungen bzw. Ausbildung von Menschen mit Behinderung im Ausland

Im Geschäftsführungsvertrag wird der Rahmen der Politik für Menschen mit Beeinträchtigung festgelegt. In diesem Sinne dient das Regionale Entwicklungskonzept (REK) als übergreifender, integrierter Politikansatz, mit dem globale Ziele verfolgt werden.

Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist ein solches globales Ziel, an dem öffentliche und private Einrichtungen und Akteure mitwirken sollen. Niemand kann sich in diesem Zusammenhang für nicht zuständig erklären. Im Rahmen des REK II wird deshalb mit der Umsetzung des Aktionsplans „DG Inklusiv 2025“ begonnen.

Die Basisaufgaben der DPB bleiben weiterhin gleich. Zu den neuen Aufgaben gehört einerseits das Einfügen der UN-Konventionen in den Rechtsrahmen der DG.

Für die Regierung der DG nimmt die Inklusion eine zentrale Rolle im Regionalen Entwicklungsprogramm (REK) ein. Eine weitere neue Aufgaben der Dienststelle ist es an dieser Stelle, das Querschnittsthema „Inklusion“ in diesem Rahmen zu koordinieren. Bei dem Querschnittsprojekt „Inklusion“ sowie beim Zukunftsprojekt „Vielfalt leben“ wird die DPB eigenständig einzelne Maßnahmen durchführen. Außerdem wird sie sich aufgrund ihrer einschlägigen und jahrzehntelangen Erfahrungen im Bereich der Unterstützten Beschäftigung das Zukunftsprojekt „Sozial unternehmen“ beteiligen.

Wir verfolgen das Ziel einer inklusiven Gesellschaft. Sie gibt es noch nicht ganz, aber wir arbeiten daran. Die DPB ist hierbei der wichtigste Partner, der in den kommenden Jahren eine ganze Reihe an Aufgaben und Projekten zur Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung vorantreiben wird.

Ich bitte die Mitglieder dieses Hauses deshalb, dem Geschäftsführungsvertrag der DPB zuzustimmen.

Vielen Dank.